

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 845 ppbn d

## Inhalt

Michael Guggemos zum Abschied von Willy Brandt: Die gute Sache kämpferisch weitertragen.

Seite 1

Horst Peter MdB zum Erfordernis ökologischer und sozialer Reformpolitik: Die Nürnberger Beschlüsse aktiv umsetzen (Teil II und Schluß).

Seite 3

### Dokumentation:

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat in einem Brief an den hessischen Innenminister Gottfried Milde (CDU) seine tiefe Besorgnis über den Terror gegen den jüdischen Arzt Dan Kiesel zum Ausdruck gebracht. Wortlaut

Seite 6

42. Jahrgang / 110

12. Juni 1987

Die gute Sache kämpferisch weitertragen

Gedanken eines „Urenkels“ zum Abschied von Willy Brandt

Von Michael Guggemos  
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

19. Oktober 1986: Auf dem entwicklungspolitischen Kongreß der Jusos mit über 600 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus Juso-, aus Dritte Welt-Gruppen und aus entwicklungspolitischen Initiativen spricht Willy Brandt. Fast andächtig wird die Rede aufgenommen. Die sonst in diesen Gruppen weitverbreiteten Vorbehalte gegenüber der Politik der SPD sind wie weggewischt. Keine Zwischenrufe, etwa zu den während einer SI-Tagung in Peru von den dortigen Militärs zu verantwortenden Massakern an revoltierenden Häftlingen. Zwischenrufe, die sich Hans Koschnick später immer wieder gefallen lassen muß.

Willy Brandt redet über den Wahnsinn der Rüstung und die sozialen Folgen der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt. Er zeichnet Möglichkeiten sozial gerechter Entwicklungsprozesse. Allen im Saal ist klar: Hier hält einer nicht nur eine Sonntagsrede, sondern der hat in seinem politischen Schaffen dafür schon hart gearbeitet. Und er wird es weiter tun.

Doch die inhaltliche und emotionale Übereinstimmung wird von den meisten Teilnehmern/innen nicht mit der Sozialdemokratie gesehen, sondern mit der Person Brandt.

Anfang der siebziger Jahre, eine Kleinstadt in Oberschwaben: Die SPD sieht sich einer erdrückenden konservativen Mehrheit gegenüber, aber die Genossinnen und Genossen sind selbstbewußt. Am Gymnasium sorgt eine sozialistische Schülergruppe für Wirbel, eine Juso-Gruppe wird aufgebaut. Allen Anfeindungen des kleinbürgerlichen Mißs und Muffs zum Trotz wird mehr Demokratie gewagt und für Offenheit und Moderne gefochten. Veränderungen im Bildungssystem; Ausbau des Gesundheitssektors, Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und Freisetzung vielfältiger Formen kultureller Aktivitäten und die Aussöhnung mit den osteuropäischen Staaten, dafür wird gestritten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislaufnummer  
mit vierstelliger Kennnummer  
Recycling-Papier



Die spießigsten Anfeindungen gegen Kanzler Brandt begründen noch größere Sicherheit der Richtigkeit des eigenen Tuns. Welche andere Partei in Deutschland hat denn schon einen Friedensnobelpreisträger an ihrer Spitze!

Auschwitz, Ende der 70er Jahre: Mit einigen polnischen Studenten besuche ich die ehemaligen Konzentrationslager in Auschwitz und Birkenau. Wir diskutieren viel über die Ursachen des Faschismus, über die politische Situation in der Bundesrepublik und die nicht aufgearbeitete Vergangenheit. Aber von meinen polnischen Kollegen immer wieder der Verweis auf das „andere Deutschland“ des Willy Brandt, das aus dem Faschismus Konsequenzen gezogen habe und sich der Verantwortung aus der Vergangenheit stellt. Stolz, Mitglied in der Partei Brandt zu sein, kam auf.

Erste Hälfte der 80er Jahre: In dem sehr schwierigen Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen zur Sozialdemokratie steht Willy Brandt für eine besondere Form der Entspannungspolitik. Seine oft angefeindeten Reden bei Massenkundgebungen der Friedensbewegung, bei Solidaritätsdemonstrationen mit der sandinistischen Revolution und bei Kundgebungen zum Ausstieg aus der Kernkraftnutzung haben mehr Vertrauen in sozialdemokratische Politik hergestellt als viele Parteitage-Debatten.

„Durch den Alten war die SPD etwas Besonderes in der Welt, nun werden wir eine ganz normale sozialistische Partei in Europa sein“, so - wie es im Spiegel-Slang heißt - ein „Spitzengenosse“ zum Wechsel im Parteivorsitz. Diese Normalität bedeutet

- 0 die Verantwortung für die programmatische Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr an die Erneuerungsfähigkeit und die Intuition Willy Brandts delegieren zu können;
- 0 in Diskussionen mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus der Friedens- und der Ökologiebewegung und den vielen Dritte-Welt-Gruppen nicht mehr als letztes, unbezweifelbares Argument für die Glaubwürdigkeit und für den Reformwillen der SPD auf die Person Willy Brandt verweisen zu können;
- 0 künftig die Traditionen der Arbeiterbewegung selbst hart erarbeiten zu müssen und dabei den Gefahren der folkloristischen Verklärung zu widerstehen;
- 0 den Anti-Faschismus der SPD nicht mehr durch Persönlichkeiten, die in aktivem Widerstand gegen das Nazi-Deutschland gewirkt haben, verkörpert zu sehen;
- 0 das politische Gewicht der Sozialdemokratie nicht mehr aus dem Ansehen des Friedensnobelpreisträgers, des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission und des SI-Präsidenten abzuleiten, sondern aus den 37 Prozent bei der letzten Bundestagswahl.

Willy Brandt schrieb im „sozialdemokrat magazin“, daß „wir auch in Zukunft nicht siegen ohne die jungen Männer und Frauen, in denen das Feuer ‚brennt‘. Wir werden ein Klima der Reform und des Wandels nur entfachen, wenn eine neue Generation die gute Sache der Sozialdemokratie zu ihren macht und sie kämpferisch weiterträgt“. Da hat er recht. Nur ohne ihn an der Parteit Spitze wird es erheblich schwieriger. Sozialdemokratisches Selbstbewußtsein kann künftig nicht aus der Reputation Willy Brandts gezogen werden. Es muß hart erarbeitet werden.

(-/12.6.1987/vo-he/rs)



## Die Nürnberger Beschlüsse aktiv umsetzen (Teil II und Schluß)

## Plädoyer für eine ökologische und soziale Reformpolitik

Von Horst Peter MdB

Politik zielt auf die Veränderung der Verhältnisse. Die Grünen sind jetzt in Gefahr, nur noch Repräsentanten eines hilflosen Ökologismus zu sein. Dieser hilflose Ökologismus wird zu einer realitätstüchtigen Abwehr und Bewältigung der ökologischen Gefahren nicht in der Lage sein, dieser verbale Ökologie-Radikalismus wird einer ernsthaften Belastungsprobe nicht standhalten.

Die Fundamentalisten erleichtern den politischen Kräften das Geschäft, die auch in der Ökologiepolitik „weiter so“ sagen. Setzen sich die Fundamentalisten endgültig durch, nehmen sie den ökologiepolitischen Handlungsdruck von den anderen Parteien, unterminieren sie die Einsicht in die Notwendigkeit ökologischen Handelns und engen den Spielraum derjenigen in den anderen Parteien ein, die ökologisch handeln wollen. Das war bisher die Aufgabe der grünen Realpolitiker: Sie führten den anderen Parteien vor Augen, daß es nicht genügt, den Grünen die richtigen Fragestellungen zu attestieren, sondern daß jede Partei selbst Antworten geben und meßbar politisch handeln muß.

Die Position der Fundamentalisten ist auch in sich wenig glaubwürdig. Wenn sie ständig die ökologische Katastrophe beschwören und feststellen, es sei fünf Minuten vor zwölf, dann muß in das Uhrwerk eingegriffen und das Vorrücken des Zeigers gestoppt werden. Statt dessen kaprizieren sich die Fundamentalisten auf eine „Entlarvungstaktik“. Da sie meinen, von den „Altparteien“ nichts Durchgreifendes in ökologischer Hinsicht erwarten zu können, nehmen sie gegenüber diesen Parteien und der offiziellen Ökologiepolitik eine Haltung zwischen vornehm-blasiertem Abwarten und Heraushalten und aggressiver Ablehnung - wie Christian Schmidt, der sein Hauptziel in der Schwächung der SPD sieht -, ein und hoffen, das Nicht-Handeln der „Altparteien“ führe deren Wähler mit naturgesetzlicher Notwendigkeit den Grünen zu.

Diese Entlarvungstaktik hat zwei negative Folgen:

- da sich diese Taktik vorwiegend auf die SPD konzentriert, bleibt es bei einem Nullsummenspiel. Die Zugewinne der Grünen sind die Verluste der SPD. Die Mehrheit von rechts wird durch diesen Austausch nicht angetastet. Es ist ein Austausch unterhalb der 50-Prozent-Marke. Durch diese diffuse Situation innerhalb der reformorientierten Blocks wird die Entwicklung einer politischen Dynamik, mit der Wähler von rechts herübergezogen werden können, verhindert;
- die ökologiepolitische Bilanz bleibt negativ. Bis sich die Grünen ihre eigene Mehrheit „entlarvt“ und herbei-„fundamentalisiert“ haben, kann es zu spät sein.

Nun sind die Taktiker in entlarvender Absicht keine „newcomer“, sondern bewährte Strategen. Sie müssen es besser wissen. Marx bemerkte einmal, Geschichte wiederhole sich, einmal als Tragödie, einmal als Farce. Diese fundamentalistischen „unklaren Sektenevangelien mit ihren Panazeen“ (F. Engels), die sich in die abgelegten Kostüme der alten Arbeiterbewegung hineinzwängen, scheinen dies illustrieren zu wollen, wenn sie doktrinär vor die Welt hintreten und dem auf ökologische Veränderungen hoffenden Menschen zumuten: Laß' ab von Deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen Dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben.

Wir können heute bei den Grünen beobachten, was bei der Sozialdemokratie vor 1914 als „revolutionärer Attentismus und negative Integration“ analysiert wurde, auch die Auseinandersetzungen zwischen radikalerem Vorstand und moderaterer Fraktion und die Denkfigur eines Unterschieds zwischen Vorstand und Basis erleben wir in grüner Wiederholung. Die Argumentations-



figur vom „kleineren Übel SPD“ hat einen übleren Ursprung. Sie stammt aus dem Agitationsarsenal der KPD in ihrer ultralinken Phase. Die Sozialfaschismus-„Theorie“ der KPD verstellte damals den Blick auf die Handlungsnotwendigkeiten und die Entlehnungen der Grünen aus diesem taktischen Muster verstellen heute den Fundamentalisten den Blick. Wenn die Fundamentalisten in ökologischer Politik der SPD nur desorientierende Manöver sehen, dann wissen wir, wo sie das entlehnt haben. Wenn sie, bevor sie mit anderen koalieren, dies trifft auch für Beckmanns Avancen gegenüber der CDU zu, von den anderen erwarten, daß diese sich erst wandeln und programmatisch zu Ablegern der Grünen werden, dann wissen wir, daß eine solche Politik als „Einheitsfronttaktik von unten“ vor einer anderen Gefahr schon einmal grausam gescheitert ist.

Neidlos muß den Fundamentalisten zugestanden werden, in der Radikalität der Phrase lassen sie sich von niemanden übertreffen. Der schöne Schein der Radikalität verbirgt jedoch das tagespolitische Vakuum, den Opportunismus gegenüber den Verhältnissen, die man meint, nicht bewältigen zu können, und die Kapitulation vor den Schwierigkeiten, die die Bewältigung der Verhältnisse mit sich bringt. Den Fundamentalisten ersetzt die ultimative Phrase, die gegen die Halbherzigkeiten der „Altparteien“ gesetzt wird, die Politik. Es ist die Flucht vor der Lösung der Probleme in der Wirklichkeit.

Hamburg war die exemplarische Probe für die fundamentalistische Strategie. Die GAL erlebte, daß „die reine Lehre... eben auch den Sog der reinen Leere“ (Klaus Hartung) in sich hat, daß in diesem Sog die Wählerzustimmung verloren geht. Für die GAL und die Fundamentalisten bei den Grünen hat die in Hamburg eingeschlagene Strategie, die in Duisburg Bundeslinie wurde, zum Desaster geführt. Sie hat ein Drittel ihrer Wähler verloren, ein Erdbeben. Insofern haben sich die Grünen mit Hamburg endgültig als Partei etabliert und ihre Situation im Parteiengefüge normalisiert. Die Grünen sind nun auch zu einer Partei geworden, die für die Betroffenen ein regelrechter Schock - verlieren kann. Die ersten Statements am Wahlabend lassen allerdings erkennen, daß der Schock seine heilsame Wirkung noch nicht entfaltet hat und die fundamentalistischen Funktionäre noch weit weg sind vom Weg zu dieser Erkenntnis. Propaganda ersetzt weiterhin Politik und Wählerbeschimpfung Analyse und Kritik.

Die GAL trägt die Verantwortung für eine Situation, in der die politische Umsetzung einer rechnerisch möglichen parlamentarischen Reform-Koalition verhindert wurde. Damit hat sich die GAL ins Abseits fundamentalisiert. Auch die Fundamentalisten müssen jetzt lernen, daß sie sich nach ihren Wählern richten müssen und nur begrenzt nach ihren eigenen Wünschen. Auch die Wähler der Grünen haben bestimmte Erwartungshorizonte und reagieren mit Stimmentzug, wenn diese enttäuscht werden. Für die grünen Wähler/innen ist die Experimentierphase abgeschlossen. Sie erwarten von den Grünen handfeste Reformpolitik und keine Vertröstungen in eine reine und helle Zukunft. Elf Prozent Wählerstimmen müssen politisch genutzt werden und nicht für Kapriolen.

Der politische Attentismus der Grünen und ihr Drang, sich selbst auszugrenzen, um sich zu erhöhen, schwächt das Reformlager und stabilisiert damit das Kräfteverhältnis zwischen den Lagern. Erst mit Eintritt der Grünen in die Politik und ihrem Beitrag zur Formierung des reformorientierten Lagers wird dieses die Schwungkraft gewinnen, um das Kräfteverhältnis zwischen den Lagern zu seinen Gunsten umzukehren und Anziehungskraft für noch abseitsstehende Wähler und Wählerinnen des konservativen Lagers zu gewinnen. In Hamburg wurden CDU- und FDP-Wähler nicht für Reformpolitik gewonnen, sondern die FDP springt, um eben diese Reformen zu verhindern.



Nicht die Lager und die Lagerbindungen der FDP und ihrer Wähler wurden aufgelockert, sondern das koalitionspolitische Wechselspiel erhielt eine neue Karte. In diesem Spiel haben sich FDP und GAL gegenseitig die Asse zugespielt und sich gegenseitig ausgestochen. Eine stille Mini-Max-Kumpanei: Der blasierte Maximalismus der GAL, in dem sich ein geringes Interesse an gegenwärtiger, profaner Reformpolitik ausdrückt, spielt denen in die Hände, die Reformpolitik auf ein Minimum reduzieren wollen.

Für die SPD wäre es ein Trugschluß, aus der Koalitionsbereitschaft der FDP in Hamburg einen prinzipiellen Wechsel der FDP und die Auflockerung der Lager herauszulesen. Das Schlagwort „Sicherung und Regierbarkeit für Hamburg“ kaschiert den für die FDP in organisatorischer Hinsicht existenziellen Drang zum Dabeisein, politisch den Willen, die Wende zu exekutieren, der koalitionspolitisch nach Opportunität ausgestaltet wird. Die Wahl des Koalitionspartners ist solange für die FDP zweitrangig, solange die Kasse für die Zahnärzte stimmt. Das ist das Credo der FDP.

Für die Hamburger SPD ist der fliegende Wechsel der FDP kein Grund zum Frohlocken: Diese Neuauflage einer sozialliberalen Koalition wird nur den Namen gemein haben mit der sozialliberalen Koalition der 70er Jahre. Diese FDP trägt die Hauptverantwortung für den seit 1982 wütenden sozialen Vandalismus, der „sozialliberale“ Restposten von Münch ist von Wende-Profituren umstellt. In Hamburg wird es zu einer sozialliberalen Münchhausiade kommen. Da die GAL nur einen negativen Beitrag zur Formierung des reformorientierten Lagers leistet, ermöglicht die GAL der FDP den Koalitionsvertrag zu wirtschaftsliberalen Bedingungen.

Die Grillen der Fundamentalisten sind auf dem Weg zur Organisation einer sozialökologischen Mehrheit mehr Hindernis als Stärkung. Die SPD muß jetzt „Nürnberg“ ausgestalten und umsetzen, die Hauptverantwortung für die Formierung eines reformorientierten Lagers übernehmen. Dabei sollte man sich von der rot-grünen Bündnisdiskussion nicht in die Irre führen lassen. Der Angriff auf die rot-grüne Option ist ein Entlastungsangriff, der von dem eigentlichen Ziel, der Revision von Nürnberg, ablenken soll. Dieser Entlastungsangriff muß als Richtungsentscheidung, für oder gegen Nürnberg, dechiffriert werden.

Wenn es für die SPD allein nicht reichen sollte, stellt das Wiesbadener Modell die reformpolitische Perspektive für die Bundesrepublik dar. Das Wiesbadener Modell enthielt ein Mehr für Reformen als das Hamburger Modell, das die GAL der SPD aufgezwungen hat. „Wir wollen kein Regierungsbündnis, das sich auf Tolerierung der beiderseitigen Identitäten beschränkt“, so Joschka Fischer. In diesem Wettbewerb um die besseren Lösungen für eine ökologische und soziale Reformpolitik lohnt es sich für die SPD einzutreten.

(-/12.6.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**


---

**Sollte es erträglich sein, daß ein jüdischer Arzt Deutschland verlassen muß?**


---

Ein Brief von Heinz Galinski an den hessischen Innenminister

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat in Zusammenhang mit dem von antisemitischer Hetze verfolgten jüdischen Arzt Dan Kiesel aus Gedern im Wetteraukreis „energische Maßnahmen gegen derartige skandalöse Ausschreitungen“ verlangt. In einem Brief an den hessischen Innenminister Gottfried Milde (CDU) fordert Galinski „zumindest im nachhinein zu retten, was noch zu retten ist“. Kiesel ist seit Jahren antisemitischen Attacken ausgesetzt, die in diesem Jahr in Hakenkreuzschmierereien und einem Brandanschlag auf ein Fachwerkhaus eskalierten, das er gekauft hatte. Der Arzt hatte sich daraufhin entschlossen, die Kleinstadt am Rande des Vogelsberg zu verlassen. Anfang Mai hatte der hessische Landtag auf Antrag der Grünen über die Vorfälle debattiert und die antisemitische Hetze verurteilt. Wir dokumentieren Galinskis Brief an den hessischen Innenminister im Wortlaut.

„Sehr geehrter Herr Innenminister,

bereits seit längerer Zeit habe ich die Absicht, mich an Sie persönlich zu wenden wegen der besorgniserregenden und skandalösen Vorgänge in der Stadt Gedern.

Wie ich erfahre, ist der jüdische Arzt Dan Kiesel, dessen Fall Ihnen ja spätestens seit der Debatte im Hessischen Landtag vom Anfang Mai dieses Jahres bekannt ist, nahe daran, unter dem Druck der Gemeinde Gedern zu zerbrechen und seine dortige Praxis aufzugeben. Er und seine Patienten werden seit Jahren ungeheuren Diskriminierungen und Bedrohungen ausgesetzt, die nicht nur für mich und die jüdische Gemeinschaft, sondern für alle anständigen Menschen ein Alarmzeichen sein sollten. Sollte es für uns, für Sie, Herr Minister, erträglich sein, wenn heute im Jahre 1987 ein jüdischer Arzt wieder gezwungen sein würde, Deutschland zu verlassen?

Offensichtlich haben in diesem Fall alle demokratischen Einrichtungen unserer Gesellschaft versagt. Wo blieben die Kirchen, die Gewerkschaften, alle diejenigen, die gesellschaftliche Verantwortung tragen, als Herr Kiesel machtlos und weitgehend alleingelassen Hakenkreuzschmierereien, der Verleumdung und der Einschüchterung ausgeliefert war? Ich hoffe, daß Sie mir recht geben, sehr geehrter Herr Minister, daß es höchste Zeit ist, mit energischen Maßnahmen derartige skandalöse antisemitische Auswüchse zu unterbinden und zumindest im nachhinein zu retten, was noch zu retten ist.

In Ihrer Rede vor dem Hessischen Landtag am Anfang Mai sagten Sie, daß ein einziger Davidstern, ein einziges Hakenkreuz, ein einziger Steinwurf gegen jüdische Menschen in der Bundesrepublik einer zu viel seien.

Das ist eine Einstellung, der vorbehaltlos zuzustimmen ist und ich bitte Sie, im Befugnisbereich Ihres Amtes aus dieser Einstellung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Auf dem Spiel steht hier nicht „Nestbeschmutzung von Gedern“, sondern das Ansehen auch Ihres Bundeslandes und der ganzen Bundesrepublik in der Welt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN

gez. Heinz Galinski“

(-/12.6.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*